

**Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 187. Sitzung  
der Ständigen Konferenz der Innenminister  
und -senatoren der Länder**

**am 21.11.2008  
in Potsdam**

Hinweise:

Sofern im Folgenden Beschlüsse oder andere Dokumente von Arbeitskreisen und anderen Gremien der IMK bzw. von Bund und Ländern nicht ausdrücklich als zur Veröffentlichung freigegeben gekennzeichnet sind, wird darum gebeten, von Nachfragen abzusehen, da diese Unterlagen nicht an die Öffentlichkeit weitergegeben werden können.

Für Beschlüsse anderer Fachministerkonferenzen gelten die dortigen Vorgaben zur Handhabung dieser Unterlagen.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 187. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 21. November 2008 in Potsdam

---

1. Bericht „Freiheit, Sicherheit, Privatheit - Europäische Innenpolitik in einer offenen Welt“ der Hochrangigen Beratenden Gruppe zur Zukunft der europäischen Innenpolitik

**Beschluss:**

1. Die IMK nimmt den Abschlussbericht „Freiheit, Sicherheit, Privatheit - Europäische Innenpolitik in einer offenen Welt“ der Informellen Hochrangigen Beratenden Gruppe („Zukunftsgruppe“) zur Zukunft der europäischen Innenpolitik vom Juni 2008 (*nicht freigegeben*) zur Kenntnis.
  
2. Sie sieht insbesondere in
  - einer Stärkung bereits vorhandener Einrichtungen vor dem Aufbau neuer Strukturen,
  - der Ausschöpfung bestehender Rechtsakte vor Schaffung neuer Rechtsinstrumente,
  - einem Tätigwerden der Europäischen Union nur, soweit dadurch ein Mehrwert im Vergleich zu nationalen Maßnahmen zu erzielen ist,
  - der Beschleunigung des Informationsaustauschs durch Schaffung gemeinsamer Datenübertragungsstandards und Maßstäbe beim Datenschutz und
  - der Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden operativen Zusammenarbeit bis hin zur Schaffung internationaler Standards des Polizeirechts und des Strafrechts im Hinblick auf vorbereitende terroristische Handlungen

Erfolg versprechende Ansätze zur weiteren Verbesserung der operativen polizeilichen Zusammenarbeit in der Europäischen Union.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 187. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 21. November 2008 in Potsdam

---

noch TOP 1

3. Die IMK misst den im Bericht der Zukunftsgruppe genannten Schwerpunkten

- polizeiliche Zusammenarbeit,
- Einrichtung von Netzwerken der Terrorismusabwehrzentren,
- Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung,
- Kontrolle von Explosivstoffen sowie
- Maßnahmen gegen den Home-Grown-Terrorism und gegen die Nutzung des Internets für terroristische Zwecke

hohe Bedeutung zur Verhütung und Bekämpfung des weltweiten Terrorismus zu. Sie unterstreicht die Notwendigkeit, den weltweiten Terrorismus mit einem umfassenden globalen Ansatz wirkungsvoll zu bekämpfen und hierzu die europäischen Strukturen weiter zu vernetzen.

4. Sie ist der Auffassung, dass die in den Empfehlungen der Zukunftsgruppe vorgesehene Intensivierung der operativen polizeilichen Zusammenarbeit auch zu einer weiteren Stärkung von Europol als Kompetenzzentrum für technische und koordinatorische Unterstützung und als operative Informationsplattform genutzt werden muss.

5. Die IMK misst der Entwicklung einer europäischen Strategie des Informationsmanagements (EU IMS) zum Austausch strafverfolgungsrelevanter Informationen große Bedeutung zu. Sie begrüßt die empfohlene Zusammenführung der europäischen Datenbanken SIS, VIS und Eurodac sowie die Verbesserung der Interoperabilität aller Polizeidatenbanken als wichtige Grundlage für den automatisierten und standardisierten Informationsaustausch. Darin sieht sie - auch vor dem Hintergrund der nationalen Entwicklung - einen weiteren zukunftsorientierten Schritt zur nachhaltigen Verbesserung des polizeilichen Informations- und Datenaustausches in der Europäischen Union. Sie begrüßt ferner die Neubewertung der Aufgaben der Gemeinsamen Zentren der Polizei- und Zollzusammenarbeit im Kontext des europäischen Informationsverbundes.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 187. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 21. November 2008 in Potsdam

---

noch TOP 1

6. Sie sieht das dringende Erfordernis, die Länder bei den aktuellen Überlegungen zur Neugestaltung der Gremienstruktur auf europäischer Ebene und der Besetzung der Gremien angemessen zu beteiligen. Sie betont, dass auch künftig eine frühzeitige Einbindung unverzichtbar ist, damit die Länder ihre Interessen in Angelegenheiten der Europäischen Union wahrnehmen können. Die IMK bittet deshalb den BMI, sie rechtzeitig in den Entscheidungsprozess einzubinden.
  
7. Die IMK beauftragt den AK II, die Umsetzung der Empfehlungen der Zukunftsgruppe weiter zu begleiten und ihr fortlaufend über relevante Entwicklungen zu berichten.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 187. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 21. November 2008 in Potsdam

---

2. Erhöhung des deutschen Personalanteils bei Europol; Ausarbeitung eines Konzepts

**Beschluss:**

Die Innenministerkonferenz nimmt das Konzept (*nicht freigegeben*) zur Erhöhung des deutschen Personalanteils bei Europol zustimmend zur Kenntnis.

3. Entwicklung der Gewaltkriminalität junger Menschen mit einem Schwerpunkt auf Ballungsräumen

**Beschluss:**

1. Die IMK empfiehlt angesichts der Bewertungen und Empfehlungen im Beschluss des AK II vom 16./17.10.08 eine Überprüfung der Aus- und Fortbildungskonzeptionen zur Früherkennung von kriminalitäts- und Kindeswohlrisikanten Entwicklungen bei Kindern und Jugendlichen unter Einbeziehung der von der AG benannten Schulungsunterlagen und Handreichungen. Sie bittet ihren Vorsitzenden, gegenüber der KMK und der JFMK die polizeilichen Ansätze zur Früherkennung von kriminalitäts- und Kindeswohlrisikanten Entwicklungen bei Kindern und Jugendlichen aufzuzeigen und anzuregen, auch die dort vorhandenen Konzepte zu prüfen und die Entwicklung einer gemeinsamen Handreichung vorzuschlagen.
2. Sie bekräftigt die Notwendigkeit, Präventionsmaßnahmen verstärkt zu evaluieren und hierbei durch geeignete Maßnahmen eine Abstimmung zwischen den Innenressorts sicherzustellen.
3. Die IMK hält es für geboten, durch die zuständigen Ressorts und Medienverbände eine gemeinsame Konzeption zur Stärkung der Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen sowie an deren Erziehung beteiligten Personen zu entwickeln und umzusetzen. Die IMK bittet ihren Vorsitzenden, gegenüber der KMK, der JuMiKo, der JFMK und der ASMK anzuregen, unter Einbindung der Medienverbände in einer Arbeitsgruppe die fachlichen Kompetenzen und Ressourcen zu bündeln, um eine entsprechende Konzeption zu erarbeiten.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 187. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 21. November 2008 in Potsdam

---

noch TOP 3

4. Sie sieht mit Blick auf den gebotenen ressortübergreifenden Austausch von Daten kriminalitätsriskantem Verhalten und damit verbundener Kindeswohlgefährdung die Notwendigkeit ausreichender rechtlicher Grundlagen. Sie verweist auf den gemeinsamen Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefs der Länder zum Kinderschutz vom 12.06.08, wonach zum Zweck eines „reibungslosen Austausches personenbezogener Daten der Kinder und Erziehungsberechtigten zwischen den zuständigen Melde- und Sozialbehörden, aber auch der Polizei, Justiz sowie Schule zum Schutz gefährdeter Kinder in überforderten Familien“, eine bundeseinheitliche Befugnisnorm vorgeschlagen wird.

Die IMK bittet ihren Vorsitzenden, gegenüber der KMK, der JuMiKo, der JFMK und der ASMK anzuregen, die bundesrechtlichen Regelungen zum Austausch von Daten bei Hinweisen auf eine Kindeswohlgefährdung aufgrund kriminalitätsriskanten Verhaltens zu prüfen und erforderliche Änderungen zu initiieren.

5. Sie begrüßt die Erfassung und Auswertbarkeit der Gruppe der Mehrfachtäter sowie die Erfassung von weiteren Tatmitteln, insbesondere Messern, in der PKS. Sofern Länder die Erprobung der Praxistauglichkeit der Erfassung des Migrationshintergrundes planen, ist auf eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu achten. Zum Merkmal "Migrationshintergrund" wird auf den Beschluss der Konferenz der für Integrationsfragen zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder zu TOP 3 vom 30.09.2008 verwiesen.
6. Die IMK hält die Überprüfung der Wirksamkeit der Verfügungen und der Rahmenbedingungen des jugendstrafrechtlichen Verfahrens und der Jugendhilfe, insbesondere für junge Mehrfachtäter für wünschenswert. Sie bittet ihren Vorsitzenden, gegenüber der JuMiKo und der JFMK eine Prüfung anzuregen.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 187. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 21. November 2008 in Potsdam

---

noch TOP 3

7. Sie sieht die Entwicklung wissenschaftlich fundierter Prognosen zu künftigen Kriminalitätsentwicklungen als sinnvolles Unterstützungsinstrument für die Erstellung strategischer, insbesondere auch ressortübergreifender Handlungskonzepte. Sie begrüßt die beabsichtigte Initiierung einer Studie zu möglichen Entwicklungen im Bereich der Jugendkriminalität, insbesondere der Jugendgewaltkriminalität, unter Beteiligung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung und bittet den AK II, diese der IMK bis zur Herbstsitzung 2009 vorzulegen.
  
8. Die IMK hält die Übergabe des Datenpools aus der PKS-Sonderauswertung an die DHPol und eine Bereitstellung für Anfragen von Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen für sachgerecht.

Protokollnotiz BE und ST:

Die bloße Erfassung des Migrationshintergrundes ist nach den Erfahrungen in einigen Ländern und nach kriminologischen Studien nicht aussagefähig.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 187. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 21. November 2008 in Potsdam

---

4. Auslandseinsätze der Polizei - Berichte über die Reisen des IMK-Vorsitzenden, Minister Schönbohm in den Kosovo und von Staatssekretär Dr. Hanning nach Afghanistan

**Beschluss:**

Die Innenministerkonferenz nimmt die Berichte (*nicht freigegeben*) von Herrn Minister Schönbohm und Herrn Staatssekretär Dr. Hanning zur Kenntnis.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 187. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 21. November 2008 in Potsdam

---

5. Fakultativprotokoll zum VN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten - Umsetzung der Abschließenden Bemerkungen des VN-Kinderrechtsausschusses vom 1. Februar 2008

**Beschluss:**

1. Die Innenministerkonferenz nimmt das Fakultativprotokoll zum VN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten und die Umsetzung der abschließenden Bemerkungen des VN-Kinderrechtsausschusses vom 1. Februar 2008 durch das BAMF zur Kenntnis.
2. Die Innenminister und -senatoren der Länder sind der Auffassung, dass das Bewusstsein für das besondere Schicksal von Flüchtlingskindern, die an bewaffneten Konflikten beteiligt waren oder Opfer dieser Konflikte geworden sind, verstärkt werden muss. Sie bitten den Bund, dies mit den Ausländerrechtsreferenten zu erörtern.

## 6. Registergestützter Zensus 2010/2011

### **Beschluss:**

1. Die IMK bittet den Bundesminister des Innern, im Interesse einer erfolgreichen Durchführung des Zensus 2011 dafür Sorge zu tragen, dass
  - der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Zensusanordnungsgesetz baldmöglichst vorgelegt wird, um das Gesetzgebungsverfahren förmlich einzuleiten,
  - die materiellen und Verfahrensregelungen im Zensusanordnungsgesetz und in untergesetzlichen Normen vorgesehen werden, die notwendig sind, um für Bund, Länder und Gemeinden einheitlich ermittelte und somit vergleichbare Einwohnerzahlen zu gewinnen, und
  - eine hauptamtlich wahrgenommene Projektleitung sichergestellt ist.
  
2. Die IMK bittet den BMI und ihren Vorsitzenden, möglichst rasch eine unabhängige Kostenkalkulation durch die Rechnungshöfe von Bund und Ländern zu veranlassen, damit eine angemessene Kostenbeteiligung des Bundes erreicht werden kann.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 187. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 21. November 2008 in Potsdam

---

noch TOP 6

Protokollnotiz BMI:

1. Das BMI hat die Absicht, den Entwurf für ein Zensusgesetz 2011 in Kürze in das Kabinett einzubringen.
2. Der Bund kann nur in Ausnahmefällen wegen eines besonderen Bedürfnisses für eine bundeseinheitliche Regelung Verwaltungsverfahren ohne Abweichungsmöglichkeit für die Länder regeln.
3. Nach der finanzverfassungsrechtlichen Lastenverteilung sowie § 20 Bundesstatistikgesetz haben Bund und Länder jeweils die Kosten der auf sie entfallenden Ausgaben selbst zu tragen. Die Kenntnis der Kostenkalkulation und der Kalkulationsgrundlagen sowie die Abschätzbarkeit der Risiken sind Voraussetzungen für die weitere Diskussion.
4. Eine hauptamtliche Projektleitung wird durch das Statistische Bundesamt gewährleistet.

## 7. Abschlussbericht der Projektgruppe Motorrad

### **Beschluss:**

1. Die IMK nimmt den Bericht der Projektgruppe Motorrad (Stand: 27.08.08) (*nicht freigegeben*) und den hierzu ergangenen Beschluss des AK II vom 16./17.10.08 zur Kenntnis.
  
2. Sie begrüßt die Initiierung einer bundesweit abgestimmten Öffentlichkeitsarbeit zum Auftakt der Motorradsaison 2009.
  
3. Die IMK sieht zusätzliche rechtliche Optimierungsmöglichkeiten zur Erhöhung der Sicherheit von Motorradfahrern und bittet ihren Vorsitzenden beim BMVBS darauf hinzuwirken,
  - auf europäischer Ebene die verpflichtende serienmäßige Ausstattung von Motorrädern mit automatischen Blockierverhinderern voranzutreiben,
  - durch eine Änderung des § 21 a Abs. 2 StVO nur noch das Tragen ECE-geprüfter Helme anzuerkennen,
  - dass zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und aus Lärmschutzgründen die Bußgelder für technische Veränderungen an Fahrzeugen deutlich erhöht werden, und
  - die Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für den polizeilichen Zugriff auf das Punkteregister (VZR) als Informationsbasis zur Durchführung verkehrserzieherischer Gespräche und zur Anordnung von Maßnahmen nach den Polizeigesetzen zu prüfen.
  
4. Sie bittet ihren Vorsitzenden, den Vorsitzenden der Verkehrsministerkonferenz über den Beschluss zu unterrichten.

8. Lagebild „Drogen im Straßenverkehr“ - Einziehung von Führerscheinen bei Verstößen gegen das Drogenverbot gemäß § 24a StVG

**Beschluss:**

1. Die IMK nimmt den „Bericht der AG VPA zur Abklärung der Möglichkeiten der sofortigen Entziehung des Führerscheins bei Verstößen gegen das Drogenverbot gemäß § 24a StVG (mit Ausnahme von Cannabis)“ (*nicht freigegeben*) und den hierzu ergangenen Beschluss des AK II vom 16./17.10.08 zur Kenntnis.
2. Angesichts der hohen Gefährdung, die durch die Teilnahme am Straßenverkehr insbesondere unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln oder anderer psychoaktiv wirkender Stoffe und Arzneimittel gemäß der Anlage 4 der Fahrerlaubnisverordnung (FEV) ausgeht, hält die IMK darüber hinaus die sofortige Beschlagnahme des Führerscheins zur Vorbereitung des regelmäßig zu erwartenden Fahrerlaubnisentzuges insbesondere unter spezial- und generalpräventiven Aspekten für angezeigt. Sie empfiehlt daher, die Einführung einer Rechtsgrundlage zur sofortigen Beschlagnahme des Führerscheins in eindeutigen Fällen zur Vorbereitung der Einziehung im Verwaltungsverfahren zu prüfen.
3. Die IMK bittet ihren Vorsitzenden, an das BMVBS heranzutreten, um eine entsprechende Prüfung zu initiieren.
4. Sie bittet ihren Vorsitzenden, den Vorsitzenden der Verkehrsministerkonferenz über den Beschluss zu unterrichten.

## 9. Polizeibegleitung von Großraum- und Schwerlasttransporten

### **Beschluss:**

1. Aufgrund des in den vergangenen Jahren signifikanten Anstiegs der Anzahl von Transporten mit angeordneter Polizeibegleitung (allein 2007 ca. 21 Prozent) sieht die IMK dringenden Handlungsbedarf zur Entlastung der Polizei bei der Durchführung technischer Abfahrtskontrollen und erforderlicher Begleitmaßnahmen, insbesondere auch, da es sich hier um keine originären polizeilichen Aufgaben handelt.
2. Die IMK unterstützt Bestrebungen, die nicht zu einer reinen Aufgabenverlagerung von der Polizei auf andere Verwaltungsbehörden führen. Sie begrüßt die Durchführung technischer Abfahrtskontrollen durch amtlich anerkannte Sachverständige oder Prüfer (aaSoP) sowie den verstärkten Einsatz von Privaten als Verwaltungshelfer der Straßenverkehrsbehörden bei der Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.
3. Sie hält in diesem Zusammenhang eine Überarbeitung und Vereinheitlichung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Fortentwicklung der technischen Ausstattung von Begleitfahrzeugen für erforderlich.
4. Die IMK sieht im Interesse der Verkehrssicherheit beim Schwerlastverkehr auch weiterhin die Notwendigkeit von intensiven polizeilichen Präventions- und Überwachungsmaßnahmen.
5. Die IMK bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss und den Bericht "Entlastungsmöglichkeiten für die Polizei im Zusammenhang mit Großraum- und Schwertransporten (Stand: 07.08.08)" der Projektgruppe der AG VPA (*nicht freigegeben*) dem Vorsitzenden der VMK zuzuleiten und ihn zu bitten, kurzfristig in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem AK II ein konkretes Konzept mit den erforderlichen Rechtsänderungen auszuarbeiten.

10. Zusammenschlusskontrolle durch das Bundeskartellamt nach dem Gesetz  
gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB)

**Beschluss:**

Die Innenminister und -senatoren der Länder treten der Auffassung des Bundeskartellamts zur Rechtsauslegung des § 37 GWB entgegen, wonach die Zusammenlegung öffentlicher Einrichtungen aufgrund von Gebietsreformen der Länder der wettbewerbsrechtlichen Zusammenschlusskontrolle unterliegt. Sie bitten den Bundesminister des Innern innerhalb der Bundesregierung auf eine ggf. notwendige Änderung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen hinzuwirken.

## 11. Anhebung der pauschalen Steuerfreibeträge für kommunale Mandatsträger

### **Beschluss:**

1. Die Innenminister und -senatoren der Länder sprechen sich dafür aus, die pauschalen Steuerfreibeträge für kommunale Mandatsträger ab dem 01.01.2009 um 25 % anzuheben.
  
2. Der Vorsitzende der IMK wird gebeten den Beschluss dem Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz zu übermitteln.

12. Scientology-Organisation (SO); IMK-Auftrag vom 6./7.12.2007 zur Informationssammlung und –bewertung der für die Einleitung eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens erforderlichen Voraussetzungen

**Beschluss:**

1. Die IMK nimmt den Prüfbericht zur Möglichkeit eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen die „Scientology Organisation“ (Stand: 26.09.08) (*nicht freigegeben*) zur Kenntnis.
2. Die IMK ist der Auffassung, dass die verfassungsfeindliche Zielrichtung der Scientology Organisation eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz in Deutschland - zumindest in deren Zentren - erforderlich macht.

Protokollnotiz HH und BY:

Hamburg und Bayern sind der Auffassung, dass die Voraussetzungen für die Einleitung eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen die Scientology Organisation in Deutschland vorliegen.

Gegen die Scientology Organisation besteht der konkrete, auf bestimmte Tatsachen gestützte Verdacht, dass die Organisation sich aktiv und aggressiv-kämpferisch gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet.

Das manifestiert sich z. B. in tatsächlich aggressiver Haltung gegenüber ihren Kritikern in Umsetzung der in den Schriften Hubbards enthaltenen Vorgaben, wie sie in verschiedenen Jahresberichten der Landesämter Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg dokumentiert ist. Alle Personen und Dienststellen, die sich kritisch mit der SO befassen, stehen im Focus des mit der Kritikerbekämpfung beauftragten Office of Special Affairs (OSA).

Im Übrigen unterstützen Hamburg und Bayern nachdrücklich die durch die rechtskräftige Entscheidung des OVG Münster vom 12.02.2008 (Az. 5 A 130/05) abgesicherte Auffassung, dass die verfassungsfeindliche Zielrichtung der Scientology Organisation eine weitere Beobachtung ihrer Strukturen durch den Verfassungsschutz mit nachrichtendienstlichen Mitteln erforderlich macht. Hamburg und Bayern halten eine Intensivierung dieser Beobachtung und Information der Öffentlichkeit über die Ergebnisse für erforderlich.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 187. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 21. November 2008 in Potsdam

---

13. Bevölkerungsschutz; Lenkungsgruppe der ARD/ZDF-Friedenskommission;  
Entwurf einer Regelung über die Nutzung von SatWaS

**Beschluss:**

Die IMK stimmt dem seitens des Bundesministerium des Innern vorgelegten Entwurf (Stand: Mai 08) der "Vereinbarung der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder und der in der ARD zusammengeschlossenen Rundfunkanstalten sowie des DeutschlandRadio über amtliche Gefahrendurchsagen und Gefahrenmitteilungen über das Satellitengestützte Warnsystem des Bundes (SatWaS) zur Warnung und Information der Bevölkerung bei vorliegenden oder drohenden Gefahren bei Katastrophen und im Verteidigungsfall sowie bei anderen erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit" (*freigegeben*) zu. Ländereigene Strukturen der Informationsübermittlung bleiben unberührt.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 187. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 21. November 2008 in Potsdam

---

14. Einführung eines Digitalen Sprech- und Datenfunksystems für die Behörden  
und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) - Zwischenbericht

**Beschluss:**

Die Innenministerkonferenz nimmt den Zwischenbericht (*nicht freigegeben*) des BMI zur Kenntnis.

## 15. Herausforderungen an Fortbildung im öffentlichen Dienst

### **Beschluss:**

1. Die IMK nimmt den Beschluss des AK VI vom 1./2. Oktober 2008, TOP 2, sowie den Bericht „Herausforderungen an Fortbildung im öffentlichen Dienst“ (Stand: 01.10.2008) (*freigegeben*) zur Kenntnis. Die IMK macht sich diesen Bericht als Positionspapier zu Eigen. Das Positionspapier entwickelt die von der IMK im November 1996 beschlossenen und weiterhin geltenden „Perspektiven der dienstlichen Fortbildung“ zukunftsfähig fort.
  
2. Die IMK sieht in dem Positionspapier eine geeignete Grundlage zur inhaltlichen und organisatorischen Weiterentwicklung der dienstlichen Fortbildung als wesentlichen Bestandteil eines modernen Personalmanagements im öffentlichen Dienst.  

Angesichts zunehmender dynamischer Veränderungen der gesellschaftlichen Anforderungen an die Verwaltung unterstreicht sie den Stellenwert lebenslangen Lernens der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Einer systematischen und bedarfsorientierten Fortbildung kommt daher im Rahmen der Personalentwicklung jedes Beschäftigten entsprechende Bedeutung zu. Hinsichtlich der Bedeutung der Fortbildung für die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Verwaltungen betont die IMK die Verpflichtung aller Bediensteten zur Fortbildung.
  
3. Die IMK unterstreicht die Notwendigkeit der Einbindung der dienstlichen Fortbildung in die Verwaltungsmodernisierungsprozesse der Länder einschließlich der Organisationsentwicklung der Verwaltungen und der Einführung von eGovernment, sowie die Begleitung von Umstrukturierungsprozessen durch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen. Zudem muss die Governance-Kompetenz für staatliches Handeln auf nationaler und internationaler Ebene gefördert sowie die Kompetenz für internationales, insbesondere europäisches Verwaltungshandeln gestärkt werden.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 187. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 21. November 2008 in Potsdam

---

noch TOP 15

4. Im Zuge der Fortentwicklung des Dienstrechts in den Ländern soll der gestiegenen Bedeutung einer adäquaten Fortbildung im Laufbahnrecht durch entsprechende Regelungen Rechnung getragen werden.
  
5. Die IMK spricht sich ferner dafür aus, im Rahmen der haushaltswirtschaftlichen Möglichkeiten der Länder eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine moderne und effiziente dienstliche Fortbildung herbeizuführen. Hierzu gehört auch die Einführung bzw. Verbesserung eines Qualitätsmanagements und die Schaffung bzw. Weiterentwicklung einer lernfördernden Verwaltungskultur. Notwendig ist eine Kultur des lebenslangen Lernens, zu der ausdrücklich ermutigt wird und für die auch die notwendigen Voraussetzungen, Angebote und Zeitreserven eingeplant werden müssen.
  
6. Die IMK betont die Notwendigkeit eines Fortbildungscontrollings für die Effektivität und insbesondere die Effizienz von Fortbildungsmaßnahmen. Sie erachtet daher die Entwicklung von Methoden für ein wirksames Controlling von der Definition von Zielvorgaben bis zu einer Kosten-Nutzen-Betrachtung als wichtigen Beitrag im Rahmen der Fortbildungsarbeit.

Protokollnotiz BY und HB:

Bayern und Bremen enthalten sich wegen fehlender Zuständigkeit ihrer Innenverwaltungen für das Dienstrecht.

Sammlung  
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse  
der 187. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
am 21. November 2008 in Potsdam

---

16. Kooperation zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben im amtlichen deutschen Vermessungswesen

**Beschluss:**

Die Innenministerkonferenz nimmt den Bericht der AdV und deren Positionspapier "Kooperation zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben im amtlichen deutschen Vermessungswesen" (*nicht freigegeben*) zur Kenntnis.

## 17. Sicherung der Finanzierungsgrundlagen für den Feuerschutz

### **Beschluss:**

Die Innenminister und -senatoren begrüßen die durch die Föderalismusreform II beabsichtigte Zusammenführung von Ertragshoheit und Verwaltungskompetenz im Rahmen der Neuordnung des Steuersystems. Unter Berücksichtigung der auch durch die Kommission aufgezeigten Sonderrolle der Feuerschutzsteuer sprechen sich die Innenminister und -senatoren für den Erhalt dieser Steuer als Ländersteuer zur zweckgebundenen Finanzierung der Aufgaben des Brandschutzes aus.

Der Vorsitzende der IMK wird gebeten, die Vorsitzenden der FMK und der MPK über den Beschluss zu informieren.

## 18. Manipulation von Geldausgabeautomaten; sog. Skimming

### **Beschluss:**

1. Die Innenministerkonferenz betrachtet die erheblichen Steigerungen der polizeilich bekannt gewordenen Fallzahlen im Zusammenhang mit der Manipulation von Geldausgabeautomaten (sog. Skimming) mit großer Sorge.
2. Sie stellt fest, dass seit einigen Jahren Hard- und Software auf dem Markt vorhanden ist, mit deren Hilfe entsprechenden Skimming-Attacken auf Geldausgabeautomaten und andere elektronische Kartenlesesysteme wirksam entgegen gewirkt werden kann.
3. Die Innenministerkonferenz sieht das Erfordernis, diese die Sicherheit erhöhende Technik in der Bundesrepublik Deutschland flächendeckend zum Einsatz zu bringen. Sie bittet daher ihren Vorsitzenden, insbesondere die Bundesverbände der Kreditinstitute und Banken in geeigneter Weise zu bitten, für einen Einsatz der am Markt verfügbaren „Anti-Skimming-Module“ Sorge zu tragen.

## 19. Evaluierung des Ausweisungsrechts

### **Beschluss:**

1. Die Innenminister und -senatoren nehmen den Bericht über das Projekt "Vereinfachung des Ausweisungsrechts zur Erleichterung von Ausweisungen" des Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Integration vom 02.07.2008 (*nicht freigegeben*) zur Kenntnis.
2. Sie sind der Auffassung, dass eine eingehende Überprüfung der Wirksamkeit des Ausweisungsrechts - fast vier Jahren nach dem Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes - unter Würdigung der mittlerweile aus der Anwendungspraxis und der Rechtsprechung gewonnenen Erkenntnisse sinnvoll ist.
3. Sie bitten deshalb den Bundesminister des Innern, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Bundesministeriums des Innern einzurichten, die auf der Grundlage einer Evaluierung der bestehenden Vorschriften und unter Berücksichtigung des unter 1. genannten Projektberichts einen Bericht über mögliche praxisgerechte Optionen zur Fortentwicklung und Vereinfachung des Ausweisungsrechts erarbeitet.